

Milser Straße 37
33729 Bielefeld
Tel.: (0521) 977 10-0
Fax.: (0521) 977 10-20
info@ifua.de

Register 26.5

Projekttitel:

Höchstspannungsleitung
Osterath – Philippsburg; GleichstromVorhaben gemäß Nr. 2 der
Anlage zu § 1 Abs. 1 BBPIG („Ultranet“)
Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragungstechnik (HGÜ)

Hier:

Unterlagen gemäß § 21 NABEG für das Planfeststellungs-
verfahren für den Abschnitt Abschnitt „Landesgrenze NRW/RLP
– Pkt. Koblenz“

**- Gewässerrandstreifen, Errichtung von Anlagen in, an oder
über Oberflächengewässern-**

Auftraggeber:

Amprion GmbH
Robert-Schuman-Str. 7
44263 Dortmund

Bearbeitung:

Dr. Thomas Jurkschat (Dipl.-Geol.)
Dr. Ines Jurkschat (Dipl. Geol.)
Julia Klausmeier (M. Sc. Geowissenschaften)

Projekt-Nr.:

P 207022-68-594

Datum:

Juni 2024

Geschäftsführung:

Dr. Thomas Jurkschat, Dipl.-Geol. † (05/2024)
Dr. Lutz Makowsky, Dipl.-Geogr.

Sachverständige nach § 18 BBodSchG:

Dr. Dietmar Barkowski (Dipl.-Chem.)
Sachverständiger nach BBodSchG §18, Sachgebiete 2, 4 und 5
Petra Günther (Dipl.-Biol.)
Sachverständige nach BBodSchG §18, Sachgebiete 3 und 4
Dr. Lutz Makowsky (Dipl.-Geogr.)
Sachverständiger nach BBodSchG §18 Sachgebiet 2
Handelsregister: HRB 34221 Amtsgericht Bielefeld

Register 26.5

Höchstspannungsleitung Osterath – Philippsburg; Gleichstrom Vorhaben gemäß Nr. 2 der Anlage zu § 1 Abs. 1 BBPG („Ultranet“) Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragungstechnik (HGÜ) / Hier: Unterlagen gemäß § 21 NABEG für das Planfeststellungsverfahren für den Abschnitt „Landesgrenze NRW/RLP – Pkt. Koblenz“

- Gewässerrandstreifen, Errichtung von Anlagen in, an oder über Oberflächengewässern -

Projekt-Nr.: P 207022-68-594

Inhaltsverzeichnis

1.	Einführung	3
1.1.	Ausgangslage	3
1.2.	Zielsetzung	3
1.3.	Rechtliche Grundlage	3
2.	Analyse des Vorhabens im Hinblick auf Oberflächengewässer	5
2.1.	Technische Kurzbeschreibung des Vorhabens	5
2.1.1.	Technische Beschreibung Fundamentverstärkung mittels Kleinbohrverpresspfählen (KVP)	5
2.1.2.	Technische Beschreibung der Umbeseilung	6
3.	Beurteilung der möglichen Auswirkungen	8
4.	Berücksichtigung notwendiger Folgemaßnahmen	10
5.	Zusammenfassende Bewertung	11

Verzeichnis der Tabellen

Tabelle 1: Überblick Oberflächengewässer näher als 10 m an Arbeitsflächen und Zuwegungen:	9
--	---

Register 26.5

Höchstspannungsleitung Osterath – Philippsburg; Gleichstrom Vorhaben gemäß Nr. 2 der Anlage zu § 1 Abs. 1 BBPlG („Ultranet“) Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragungstechnik (HGÜ) / Hier: Unterlagen gemäß § 21 NABEG für das Planfeststellungsverfahren für den Abschnitt „Landesgrenze NRW/RLP – Pkt. Koblenz“

- Gewässerrandstreifen, Errichtung von Anlagen in, an oder über Oberflächengewässern -

Projekt-Nr.: P 207022-68-594

1. Einführung

1.1. Ausgangslage

Innerhalb des hier verfahrensgegenständlichen Abschnitts Im Freileitungsbau „Landesgrenze NRW/RLP – Pkt. Koblenz“ werden mehrere Oberflächengewässer gequert. Die Lage dieser Oberflächengewässer ist in den Bestandskarten zum Schutzgut Wasser (Register 17, Anhang A, Karte 5.5.1) dargestellt.

Gewässerrandstreifen dienen der Erhaltung und Verbesserung der ökologischen Funktionen oberirdischer Gewässer, der Wasserspeicherung, der Sicherung des Wasserabflusses sowie der Verminderung von Stoffeinträgen aus diffusen Quellen. Der Gewässerrandstreifen umfasst das Ufer und den Bereich, der an das Gewässer landseits der Linie des Mittelwasserstandes angrenzt.

1.2. Zielsetzung

Ziel der folgenden Betrachtung ist es darzulegen, dass und inwieweit die Vorgaben der Vorschriften gemäß WHG zu Gewässerrandstreifen sowie bezüglich Anlagen in, an, über und unter oberirdischen Gewässern durch das Vorhaben und die notwendigen Folgemaßnahmen eingehalten werden. Das Vorliegen der Voraussetzungen einer Befreiung von den Vorgaben der Vorschriften zu Gewässerrandstreifen wird ggfs. nachgewiesen.

1.3. Rechtliche Grundlage

Anlagen in, an, über und unter oberirdischen Gewässern sind so zu errichten, zu betreiben, zu unterhalten und stillzulegen, dass keine schädlichen Gewässerveränderungen zu erwarten sind und die Gewässerunterhaltung nicht mehr erschwert wird, als es den Umständen nach unvermeidbar ist. (§ 36 Satz 1 WHG). § 31 LWG statuiert eine grundsätzliche Genehmigungserfordernis für die Errichtung solcher Anlagen.

Der Gewässerrandstreifen ist im Außenbereich fünf Meter breit (§38 Absatz 3 Satz 1 WHG). Die Obere Wasserbehörde kann durch Rechtsverordnung für Gewässer oder Gewässerabschnitte Gewässerrandstreifen im Außenbereich aufheben und die Breite des Gewässerrandstreifens einzelner Gewässer insgesamt

Register 26.5

Höchstspannungsleitung Osterath – Philippsburg; Gleichstrom Vorhaben gemäß Nr. 2 der Anlage zu § 1 Abs. 1 BBPlG („Ultranet“) Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragungstechnik (HGÜ) / Hier: Unterlagen gemäß § 21 NABEG für das Planfeststellungsverfahren für den Abschnitt „Landesgrenze NRW/RLP – Pkt. Koblenz“

- Gewässerrandstreifen, Errichtung von Anlagen in, an oder über Oberflächengewässern -

Projekt-Nr.: P 207022-68-594

oder für bestimmte Abschnitte abweichend davon festlegen. Abweichende Angaben in Rechtsverordnungen zur Breite der Gewässerrandstreifen liegen uns im Vorhabenbereich nicht vor.

Im Gewässerrandstreifen generell ist das Entfernen von standortgerechten Bäumen und Sträuchern verboten. Ebenso nicht erlaubt sind der Umgang mit wassergefährdenden Stoffen in und im Zusammenhang mit zugelassenen Anlagen, sowie die nicht nur zeitweise Ablagerung von Gegenständen, die den Wasserabfluss behindern können oder die fortgeschwemmt werden können.

Neben den Bestimmungen aus §38 Absatz 4 WHG, kann nach §33 LWG in einer Rechtsverordnung die nur zeitweise Ablagerung von Gegenständen, die den Wasserabfluss behindern können oder die fortgeschwemmt werden können, verboten werden. Ebenso kann darin eine Regelung über Nutzungsbeschränkungen, einschließlich der Beschränkung der baulichen Nutzung, und zur Vornahme oder Erhaltung von Bepflanzungen sowie über ein Verbot bestimmter weiterer Tätigkeiten getroffen werden.

Register 26.5

Höchstspannungsleitung Osterath – Philippsburg; Gleichstrom Vorhaben gemäß Nr. 2 der Anlage zu § 1 Abs. 1 BBPG („Ultranet“) Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragungstechnik (HGÜ) / Hier: Unterlagen gemäß § 21 NABEG für das Planfeststellungsverfahren für den Abschnitt „Landesgrenze NRW/RLP – Pkt. Koblenz“

- Gewässerrandstreifen, Errichtung von Anlagen in, an oder über Oberflächengewässern -

Projekt-Nr.: P 207022-68-594

2. Analyse des Vorhabens im Hinblick auf Oberflächengewässer

2.1. Technische Kurzbeschreibung des Vorhabens

Die Amprion GmbH plant die Errichtung und den Betrieb einer ± 380 -kV-Freileitung in Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragungstechnik (HGÜ) sowie den temporären Drehstrombetrieb in dem ca. 43,7 km langen Abschnitt „Landesgrenze NRW/RLP – Pkt. Koblenz“ des Gesamtvorhabens „Höchstspannungsleitung Osterath – Philippsburg; Gleichstrom“.

Innerhalb dieses Abschnitts ist geplant, zwischen der Landesgrenze NRW/RLP und dem Pkt. Koblenz bestehende Anlagen (Bestandsleitungen) für die Umnutzung eines bestehenden Drehstromkreises zukünftig als ± 380 -kV Gleichstromkreis zu ändern und die dafür notwendigen technischen Anpassungen vorzunehmen. Es findet kein Neubau und keine Fundamentdemontage statt:

- die bestehende 110-/380-kV-Höchstspannungsfreileitung Weißenthurm – Sechem, Bl. 4197 (99 Maste)
- die bestehende 220-/380-kV-Höchstspannungsfreileitung Pkt. Neuenahr – Koblenz, Bl.4502 (3 Maste)
- die bestehende 220-/380-kV -Höchstspannungsfreileitung Weißenthurm – KKW Kärlich, Bl. 4130 (1 Mast)
- die bestehende 380-kV-Höchstspannungsfreileitung Brauweiler – Koblenz, Bl. 4511 (32 Maste).

2.1.1. Technische Beschreibung Fundamentverstärkung mittels Kleinbohrverpresspfählen (KVP)

Eine ausführliche technische Beschreibung der beantragten sowie des generellen Bauablaufes ist im Erläuterungsbericht (Register 1) und dem Wasserrechtlichen Genehmigungsantrag (Register 26.1) enthalten. An zehn Maststandorten der Trasse sind Fundamentverstärkungen mittels Kleinbohrverpresspfählen (KVP) geplant. Es handelt sich um die Maststandorte Nr. 273-276, 279, 283, 285, 290, 291, 296 der Bl. 4511.

Register 26.5

Höchstspannungsleitung Osterath – Philippsburg; Gleichstrom Vorhaben gemäß Nr. 2 der Anlage zu § 1 Abs. 1 BBPG („Ultranet“) Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragungstechnik (HGÜ) / Hier: Unterlagen gemäß § 21 NABEG für das Planfeststellungsverfahren für den Abschnitt „Landesgrenze NRW/RLP – Pkt. Koblenz“

- Gewässerrandstreifen, Errichtung von Anlagen in, an oder über Oberflächengewässern -

Projekt-Nr.: P 207022-68-594

Die Fundamente an den o.g. Maststandorten der BL 4511 werden durch Bohrpfahlfundamente (Mikrobohrpfähle) verstärkt. Bei diesem Verfahren werden in Abhängigkeit der auf das Fundament herrschenden Kräfte mehrere Mikrobohrpfähle erstellt, an die die Eckstiele des bestehenden Mastes in die Tiefe eingebunden werden.

Die Bohrungen für die Mikrobohrpfähle erfolgen hierbei nicht zwingend im 90 Grad Winkel. Die Einbindetiefe zur Fundamentverstärkung mit Hilfe von Mikrobohrpfahlfundamenten ist in Register 26.1 Anlage 2 aufgeführt. Die Gründungstiefe (oberer Ansatzpunkt für die Mikrobohrpfähle) wurde nach statischen Bemessungen mit einer Tiefe von rd. 1,50 m unter Geländeoberkante (GOK) bzw. Erdoberkante (EOK) festgelegt. Bis zu dieser Tiefe wird die notwendige Baugrube ausgehoben, sodass der Eckstiel des Mastunterteils in den die Bohrpfähle verbindenden Betonriegel eingebunden werden kann. Die Anbindungstiefe des Masteckstiels des jeweiligen Mastes ist für die Dimensionierung ggf. erforderlicher Grundwasserabsenkungen maßgebend. Während der Bauphase könnten zwar Wasserhaltungsmaßnahmen notwendig werden. Aufgrund der Abschätzung (Register 26.1) die im Hinblick auf den Grundwasserflurabstand gemacht wurde, konnten jedoch keine Standorte ermittelt werden, an denen Wasserhaltung notwendig wäre.

2.1.2. Technische Beschreibung der Umbeseilung

Das Verlegen von Seilen für Freileitungen ist in der DIN 48 207-1 geregelt. Die Montage der umzubeseilenden Stromkreisbeseilung und neuer Erdseile erfolgt abschnittsweise, jeweils immer zwischen zwei Abspannmasten. Die Dauer des Seilzugs beträgt je Abschnitt ca. 4 - 5 Wochen in einem durchschnittlich langen Abspannabschnitt.

Zunächst werden an allen Tragmasten die Isolatorketten mit sogenannten Seilaufrädern montiert. Vor Beginn der Seilzugarbeiten werden an allen Kreuzungen mit Straßen, Autobahnen, Bahnstrecken usw. Schutzgerüste aufgestellt. Diese Schutzgerüste ermöglichen ein Ziehen des Vorseils ohne einen Eingriff in den entsprechenden Verkehrsraum.

Register 26.5

Höchstspannungsleitung Osterath – Philippsburg; Gleichstrom Vorhaben gemäß Nr. 2 der Anlage zu § 1 Abs. 1 BBPlG („Ultranet“) Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragungstechnik (HGÜ) / Hier: Unterlagen gemäß § 21 NABEG für das Planfeststellungsverfahren für den Abschnitt „Landesgrenze NRW/RLP – Pkt. Koblenz“

- Gewässerrandstreifen, Errichtung von Anlagen in, an oder über Oberflächengewässern -

Projekt-Nr.: P 207022-68-594

Zum Ziehen der Seile wird zwischen Winden- und Trommelplatz, die sich an den jeweiligen Abspannmasten befinden, in der Regel ein leichtes Vorseil aufgezogen. Das Vorseil wird dabei je nach Geländebeschaffenheit mit einem Traktor oder geländegängigem LKW zwischen den Masten verlegt. Beim gegenständlichen Abschnitt erfolgt das Einziehen der neuen Beseilung mit Hilfe der Altbeseilung als Vorseile.

Anschließend werden die Leiterseile mit dem Vorseil verbunden und von den Seiltrommeln mittels Seilzugmaschine zum Windenplatz gezogen. Die Verlegung der Leiterseile erfolgt ohne Bodenberührung zwischen dem Trommel- bzw. Windenplatz an den Winkelabspannmasten. Um die Bodenfreiheit beim Ziehen der Seile zu gewährleisten, werden die Seile durch eine Seilbremse am Trommelplatz entsprechend gebremst und unter Zugspannung zurückgehalten. Für die Seilzugarbeit sind keine vorhabenbedingten Gehölzrückschnitte im Schutzstreifen außerhalb der Arbeitsflächen erforderlich

Register 26.5

Höchstspannungsleitung Osterath – Philippsburg; Gleichstrom Vorhaben gemäß Nr. 2 der Anlage zu § 1 Abs. 1 BBPlG („Ultraset“) Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragungstechnik (HGÜ) / Hier: Unterlagen gemäß § 21 NABEG für das Planfeststellungsverfahren für den Abschnitt „Landesgrenze NRW/RLP – Pkt. Koblenz“

- Gewässerrandstreifen, Errichtung von Anlagen in, an oder über Oberflächengewässern -

Projekt-Nr.: P 207022-68-594

3. Beurteilung der möglichen Auswirkungen

Im Rahmen des Vorhabens werden keine Anlagen (z.B. Masten) im Bereich von Oberflächengewässern oder innerhalb von Gewässerschutzstreifen neu errichtet (vgl. Register 17 UVP-Bericht). Die geplanten Baumaßnahmen im Nahbereich von Oberflächengewässern umfassen Maststandorte mit Fundamentverstärkung (KVP am Mast- Nr. 273 und Mast- Nr. 275 der Bl. 4511), einen Maststandort mit Umbeseilung (Mast-Nr. 1270 der Bl. 4511) und 2 Maststandorte mit kleineren Maßnahmen (Austausch der Isolatoren an Mast-Nr. 4 und 73 der Bl. 4197).

Die Abstände der Mastmittelpunkte der Bestandmaste zum naheliegenden Bach betragen in der Regel mehr als 50 m. Im wenigen Fällen sind es ca. 10 m (z.B. Bl. 4197 Mast-Nr. 73 und Bl. 4511 Mast-Nr. 275).

Der Maststandort-Nr 273 der Bl. 4511 liegt 20m von einem Stillgewässer entfernt, die Arbeitsfläche ist tangierend. Gemäß § 61 BnatSchG dürfen im 50 m Umfeld von stehenden Gewässern mit einer Flächengröße von mehr als einem Hektar keine baulichen Anlagen errichtet oder wesentlich geändert werden. Bei den geplanten Maßnahmen der Fundamentverstärkung handelt es sich jedoch nicht um eine wesentliche Änderung. Da die geplante Fundamentverstärkung mittel KVP im direkten Untergrund des Maststandorts ab einer Tiefe von mehr als 1,5m u. EOK erfolgt, wird die Uferzone in ihrer ökologischen Funktion oder die Funktion des Uferstreifens für die Erholungsnutzung nach der Baumaßnahme nicht beeinträchtigt.

Es finden demnach Arbeiten im Nahbereich von Gewässern statt, allerdings liegen für die betroffenen Gewässer keine Ausweisungen von Gewässerrandstreifen nach § 33 LWG RLP vor. Ergänzend zum hier vorliegenden Bericht verweisen wir auf den UVP-Bericht (vgl. Register 17).

Eine Funktionsbeeinträchtigung von Oberflächengewässern und deren Uferstrandstreifen kann sich potenziell aus einer temporären Flächeninanspruchnahme im Bereich der Arbeitsflächen von gewässernahen Maststandorten oder im Bereich von Arbeitsflächen und Zuwegungen ergeben. Die folgenden

Register 26.5

Höchstspannungsleitung Osterath – Philippsburg; Gleichstrom Vorhaben gemäß Nr. 2 der Anlage zu § 1 Abs. 1 BBPG („Ultranet“) Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragungstechnik (HGÜ) / Hier: Unterlagen gemäß § 21 NABEG für das Planfeststellungsverfahren für den Abschnitt „Landesgrenze NRW/RLP – Pkt. Koblenz“

- Gewässerrandstreifen, Errichtung von Anlagen in, an oder über Oberflächengewässern -

Projekt-Nr.: P 207022-68-594

Oberflächengewässer befinden sich näher als 10 m an Arbeitsflächen und Zuwegungen (s. Tabelle 1).

Generell werden keine baulichen Anlagen errichtet oder Materialien im 5 m-Abstand gelagert, so dass hier keine Verbotstatbestände ausgelöst werden. Insgesamt entstehen gemäß § 36 WHG keine schädlichen Gewässerveränderungen und die Gewässerunterhaltung ist nach Abschluss der Maßnahmen in ihrer ursprünglichen Form wieder möglich.

Tabelle 1: Überblick Oberflächengewässer näher als 10 m an Arbeitsflächen und Zuwegungen.

Bl./ Maststand- ort-Nr.	Gewässer	Baumaß- nahme	Abstand zum Ge- wässer	Maßnahme zur Vermeidung nach UVP (vgl. Register 17)
Bl. 4197 M 4	Mühlgraben	Isolato- ren (ca. 1 Tag)	Zuwegung führt in einem Mindestab- stand von 2m ent- lang des Grabens	Nutzung des unbefestigten Weges ohne Beein- trächtigung des Ufers und der Gehölze.
Bl. 4197 M 73	Mittelbach	Isolato- ren (ca. 1 Tag)	Arbeitsfläche 4m von Uferkante	Keine Beeinträchtigung zu erwarten
Bl. 4511 M 273	Stillgewäs- ser* (gesetzl. ge- schütztes Bi- otop)	KVP	Arbeitsfläche un- mittelbar an der Uferkannte- Gehölzentfernung	Gehölz wird nach Abschluss neu angepflanzt (VR01) keine Materialien innerhalb des Gewässerrand- streifens lagern (V09 s. Kapitel 5.5.6.2. UVP Be- richt, Register 17)
Bl. 4511 M 275	Mülheimer Bach/Lützel- bach	KVP	Arbeitsfläche 4m von Uferkante	Keine Beeinträchtigung des Gehölzsaumes; keine Materialien innerhalb des Gewässerrand- streifens lagern (V09 s. Kapitel 5.5.6.2. UVP Be- richt, Register 17)

*Maststandort 273 der Bl. 4511 steht im direkten Umfeld (ca. 20 m) eines Stillgewässers mit einer Flächen-
größe von mehr als einem Hektar. Gemäß § 61 BNatSchG dürfen im 50 m Umfeld von stehenden Gewäs-
sern mit einer Flächengröße von mehr als einem Hektar keine baulichen Anlagen errichtet oder wesentlich
geändert werden. Bei den geplanten Maßnahmen (Baustelleneinrichtungsfläche, Fundamentverstärkung)
handelt es sich jedoch nicht um eine wesentliche Änderung. Die ökologische Funktion und die Funktion für
die Erholungsnutzung der Uferzone werden durch die Maßnahmen nicht beeinträchtigt.

Register 26.5

Höchstspannungsleitung Osterath – Philippsburg; Gleichstrom Vorhaben gemäß Nr. 2 der Anlage zu § 1 Abs. 1 BBPG („Ultranet“) Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragungstechnik (HGÜ) / Hier: Unterlagen gemäß § 21 NABEG für das Planfeststellungsverfahren für den Abschnitt „Landesgrenze NRW/RLP – Pkt. Koblenz“

- Gewässerrandstreifen, Errichtung von Anlagen in, an oder über Oberflächengewässern -

Projekt-Nr.: P 207022-68-594

4. Berücksichtigung notwendiger Folgemaßnahmen

Mit der Umsetzung des Vorhabens sind im gegenständlichen Abschnitt „Landesgrenze NRW/RLP – Pkt. Koblenz“ keine notwendigen Folgemaßnahmen an anderen Anlagen i. S. v. § 75 Abs. 1 Satz 1 VwVfG verbunden.

Register 26.5

Höchstspannungsleitung Osterath – Philippsburg; Gleichstrom Vorhaben gemäß Nr. 2 der Anlage zu § 1 Abs. 1 BBPlG („Ultranet“) Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragungstechnik (HGÜ) / Hier: Unterlagen gemäß § 21 NABEG für das Planfeststellungsverfahren für den Abschnitt „Landesgrenze NRW/RLP – Pkt. Koblenz“

- **Gewässerrandstreifen, Errichtung von Anlagen in, an oder über Oberflächengewässern** -

Projekt-Nr.: P 207022-68-594

5. Zusammenfassende Bewertung

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass durch das oben beschriebene geplante Vorhaben innerhalb der Gewässerrandstreifen keine Anlagen (z.B. Masten) errichtet oder wesentlich verändert werden und somit keine Verbotstatbestände ausgelöst werden. Ebenso werden keine Anlagen im Bereich von Oberflächengewässern errichtet, die geeignet sind, wasserwirtschaftlich relevante Auswirkungen hervorzurufen.

Entsprechend werden gemäß § 36 WHG keine Anlagen in, an, über und unter oberirdischen Gewässern errichtet, betrieben, unterhalten und stillgelegt. Die Veränderungen an den bestehenden Anlagen sind keine wesentlichen Veränderungen, da 10 Fundamente zwar lokal unterirdisch verstärkt werden, (Mast-Nr. 273-276, 279, 283, 285, 290, 291, 296 der Bl. 4511) die Anlagen selbst aber bestehen bleiben. Diese geplanten Veränderungen an den Anlagen sind nicht geeignet, auf den Zustand eines Gewässers oder dessen Wasserabfluss Einfluss zu nehmen und seine Benutzung sowie Veränderungen der Bodenoberfläche zu erwirken. Außerdem sind die Anlagen über 5 m von der Uferlinie Gewässer dritter Ordnung entfernt. Gewässerveränderungen gemäß § 36 WHG sind also nicht zu erwarten. Eine wasserrechtliche Erlaubnis oder Bewilligung nach § 31 Absatz 1 Satz 1 LWG ist nicht erforderlich.

Die Lage der bestehenden Maststandorte hält ausreichend Abstand zu den Gewässern ein und in die Gewässerrandstreifen von fünf Metern Breite im Außenbereich (§38 Absatz 3 Satz 1) wird baulich nicht eingegriffen. Somit werden keine Verbotstatbestände nach §38 WHG und §33 LWG getroffen.

Ausnahme ist das voraussichtlich erforderliche Entfernen und Wiederanpflanzen von standortgerechten Bäumen und Sträuchern an Maststandort 273 der Bl. 4511. **Wir beantragen hiermit vorsorglich eine widerrufliche Befreiung von dem Verbot nach Absatz 4 Satz 2 §38 WHG** basierend auf den Befreiungsvoraussetzungen gemäß § 38 Abs. 5 WHG.

Insgesamt sind gemäß § 36 WHG keine schädlichen Gewässerveränderungen zu besorgen und die Gewässerunterhaltung ist nach Abschluss der Maßnahmen in ihrer ursprünglichen Form wieder möglich. Verbotstatbestände der WSG-VOs

Register 26.5

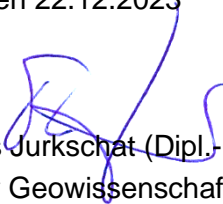
Höchstspannungsleitung Osterath – Philippsburg; Gleichstrom Vorhaben gemäß Nr. 2 der Anlage zu § 1 Abs. 1 BBPlG („Ultranet“) Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragungstechnik (HGÜ) / Hier: Unterlagen gemäß § 21 NABEG für das Planfeststellungsverfahren für den Abschnitt „Landesgrenze NRW/RLP – Pkt. Koblenz“

- Gewässerrandstreifen, Errichtung von Anlagen in, an oder über Oberflächengewässern -

Projekt-Nr.: P 207022-68-594

werden hierdurch nicht ausgelöst. Die vorliegende Bewertung wurde unparteiisch und nach bestem Wissen und Gewissen erstellt. Aussagen beziehen sich ausschließlich auf die dokumentierten Anknüpfungstatsachen, Prüfgegenstände und zur Verfügung stehenden Daten.

Bielefeld, den 22.12.2023




Dr. Thomas Jurkschat (Dipl.-Geol.)
-beratender Geowissenschaftler BDG-
† (05/2024)

Bielefeld, den 10.06.2024



Dr. Ines Jurkschat (Dipl. Geol.)



Julia Klausmeier
(M. Sc. Geowissenschaften)